BERUFSRECHTSREFORM

Darf die Tochtergesellschaft in einem Holding-Modell als Steuerberatungsgesellschaft firmieren?

von RA StB Simon Beyme, FAFStR, Berlin, www.roemermann.com

| Bei einer Steuerberater-Holding, die 100 % der Anteile an einer Tochtergesellschaft hält, stellt sich die Frage, ob sich die Tochtergesellschaft weiter als „Steuerberatungsgesellschaft“ bezeichnen darf. Hintergrund ist § 55g StBerG, wonach nur Berufsausübungsgesellschaften (BAG), bei denen Steuerberater die Mehrheit der Stimmrechte haben und bei denen die Mehrheit der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans Steuerberater sind, die Bezeichnung Steuerberatungsgesellschaft führen dürfen. |

Eine mittelbare Zurechenbarkeit reicht im Holding-Modell

Eine enge, am Wortlaut orientierte Auslegung des § 55g StBerG, die auf die unmittelbare Beteiligung natürlicher Personen abstellt, ist hier m. E. nicht angezeigt. In der Sache geht es darum, dass, wenn sich eine BAG „Steuerberatungsgesellschaft“ nennen möchte, die Mehrheit der Stimmrechte Steuerberatern zustehen soll. Dies ist auch dann gewährleistet, wenn die Mehrheit der Stimmrechte einer steuerberatenden BAG zusteht, bei der wiederum Steuerberater die Mehrheit der Stimmrechte innehaben.

Hier lässt sich der Rechtsgedanke des § 55a Abs. 1 S. 2 StBerG nutzbar machen. Danach kommt es bei den von mehrstöckigen Gesellschaften einzuhaltenden gesetzlichen Voraussetzungen, die in der Person der Gesellschafter oder der Mitglieder der Geschäftsführung erfüllt sein müssen, auf die Gesellschafter und die Geschäftsführung der beteiligten Gesellschaft an. Diese Wertung lässt sich auf § 55g StBerG übertragen. Wenn sich also die Holding nach § 55g StBerG Steuerberatungsgesellschaft nennen darf, dann darf es auch die Tochtergesellschaft und muss nicht umfirmieren. Da § 55g StBerG eine „Kann-“ bzw. „Darf“-Regelung ist, kann die Tochtergesellschaft oder die Holding aber auch umfirmieren, sofern eine Bezeichnung verwendet werden soll, die ohne das Wort Steuerberatungsgesellschaft auskommt.

Bestandsschutz bei Beteiligung einer WP- oder einer RA-Gesellschaft?

Beteiligt sich z. B. eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder eine Rechtsanwalts-gesellschaft mehrheitlich an einer Steuerberatungsgesellschaft, so ist auch das berufsrechtlich zulässig (§ 55a Abs. 1 Nr. 2 bzw. Nr. 3 StBerG). Eine nach dem 1.8.22 gegründete Tochtergesellschaft darf sich dann aber nicht „Steuerberatungsgesellschaft“ nennen, denn die Stimmrechte müssen bei einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mehrheitlich Wirtschaftsprüfern (§ 28 Abs. 1 WPO) und bei einer Rechtsanwalts-gesellschaft mehrheitlich Rechtsanwälten (§ 59p BRAO) zustehen.

Ob Bestandsschutz für die Firmierung als „Steuerberatungsgesellschaft“ bei Gesellschaften besteht, die sich bereits vor dem 1.8.22 zulässigerweise so bezeichneten, ist gerichtlich nicht geklärt. Es sprechen aber gute Gründe für einen entsprechenden Bestandsschutz (vgl. Beyme, Stbg 22, 275), auch wenn die BStBK dies in ihren FAQ zu BAG (Stand: 15.9.22) anders sieht.

Enge Auslegung
nicht zweckmäßig

Übertragung des
Rechtsgedankens
aus § 55a StBerG

Für vor dem 1.8.22
gegründete
Gesellschaften

HONORARSTREIT

Rechnungskürzung, wenn Mittelgebühr ohne weitere Begründung überschritten wird

von RA Dr. Gottfried Wacker, FASr, Münster

| Ist in der Praxis nur die Mittelgebühr „angemessen“ oder kann unter Umständen auch höher abgerechnet werden? Jedenfalls nicht ohne gute Begründung (AG Bochum 18.4.23, 39 C 397/21). |

Sachverhalt

In dem Fall wurde eine Steuerberaterin von der Mandantin damit beauftragt, Steuerberatertätigkeiten für ihre gewerblichen Tätigkeiten, Vermietungstätigkeiten sowie ihre private Einkommenssteuererklärung durchzuführen. Jedoch weigerte sich die Mandantin die Rechnungen bezüglich der ausgeführten Leistungen zu bezahlen: Die Rechnungen seien inhaltlich nicht korrekt und für einen Laien sei nicht ausreichend erkennbar, aus welchen Tätigkeiten und Positionen sich die Gesamtrechnungssumme ergebe. Überdies, so die Mandantin weiter, seien die Rechnungen überhöht.

Entscheidungsgründe

Das AG Bochum hat der Steuerberaterin überwiegend recht gegeben und ihr einen Großteil der geforderten Gesamtsumme nebst Zinsen zugesprochen. Die Parteien hätten, so das Gericht, einen Vertrag über die Erbringung von Steuerberaterleistungen abgeschlossen, eine (formwirksame) Vergütungsvereinbarung sei allerdings unterblieben. Da für Steuerberatertätigkeiten eine Vergütung zu erwarten sei, stehe der Steuerberaterin eine solche Vergütung dem Grunde nach aus § 612 Abs. 1 BGB zu.

Die Höhe richte sich gemäß § 612 Abs. 2 BGB nach der „üblichen Vergütung“. Nach § 11 StBVV könne und müsse der Steuerberater bei Rahmengebühren die Gebühr unter Berücksichtigung aller Umstände, des Umfangs und der Schwierigkeit der Tätigkeit sowie der Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Auftraggebers nach billigem Ermessen festlegen. Der Rahmen ergebe sich dabei aus den Tabellen A bis D, die der StBVV anhängen und sich am Gegenstandswert orientieren. Soweit die Mittelgebühr ohne weitere Erläuterung abgerechnet wurde, sieht das AG Bochum hierin keinen Rechtsverstoß.

Anders behandelt das AG allerdings die Abrechnungspositionen „Ermittlung des Überschusses der Einnahmen über die Werbungskosten“ nach § 27 StBVV, wo die Beraterin ohne Begründung den Höchstsatz von 12/20 angesetzt hatte. Diese Positionen kürzt das AG – auch ohne Begründung – auf die Mittelgebühr und weist die Klage insoweit ab.

PRAXISTIPP | Das Gericht stimmt mit der herrschenden Ansicht überein, die eine Abrechnung der Höchstgebühr (nur) dann zulässt, wenn mehrere Umstände i. S. d. § 11 StBVV bei der Tätigkeit überdurchschnittlich sind und dies in der Rechnung dargelegt ist (vgl. Lotz in Eckert, Steuerberatervergütungsverordnung, 6. Aufl. 17, § 11, Rz. 40), was im Streitfall jedoch unterblieb.

Rechnung soll unverständlich und überhöht gewesen sein

AG Bochum gibt Steuerberaterin überwiegend Recht

Mittelgebühr wurde vom Gericht akzeptiert

Werte über der Mittelgebühr wurden durch das Gericht gekürzt